

Aus der Geschichte der sozialdemokratischen Partei (SPD) in NRW
Vor 4 Jahren im Landtag NRW
Original

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN Drucksache 14/8784

14. Wahlperiode
16.03.2009

Eilantrag

der Fraktion der SPD

Wortbruch stoppen: Tarifabschluss muss uneingeschränkt für den öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen übernommen werden

I.

Der Landtag beschließt:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

die Vereinbarungen des Tarifabschlusses der Länder ungeschmälert auf die Beamtinnen und Beamten des Landes Nordrhein-Westfalen zu übertragen.

II.

Die schwarz-gelbe Landesregierung setzt die Politik des Wortbruchs und der Sonderopfer zu Lasten der Beamtinnen und Beamten des Landes unbelehrbar fort.

Die Länder und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben sich am 1. März 2009 in Potsdam auf folgende Tarifvereinbarung verständigt:

Für die Angestellten des öffentlichen Dienstes in den Ländern, die der Tarifgemeinschaft der Länder (TV-L) angehören, wurde für die Jahre 2009 und 2010 vereinbart:

Aktualisierung 2013

Dringende Empfehlung DBB NRW an die Fraktionen von SPD und Grünen

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN Drucksache 16/XXXX

16. Wahlperiode
08.07.2013

Eilantrag

des nordrhein-westfälischen Beamtenbundes

Wortbruch stoppen: Tarifabschluss muss uneingeschränkt für den öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen übernommen werden

I.

Der Landtag beschließt:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

die Vereinbarungen des Tarifabschlusses der Länder ungeschmälert auf die Beamtinnen und Beamten des Landes Nordrhein-Westfalen zu übertragen.

II.

Die rot-grüne Landesregierung beabsichtigt, die Politik des Wortbruchs und der Sonderopfer zu Lasten der Beamtinnen und Beamten des Landes unbelehrbar fortzusetzen.

Die Länder und die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes haben sich am 9. März 2013 in Potsdam auf folgende Tarifvereinbarung verständigt:

Für die Angestellten des öffentlichen Dienstes in den Ländern, die der Tarifgemeinschaft der Länder (TV-L) angehören, wurde für die Jahre 2013 und 2014 vereinbart:

- 40 Euro Einmalzahlung für Januar und Februar 2009
- 40 Euro Sockelbetrag und drei Prozent Gehaltserhöhung ab dem 1. März 2009
- 1,2 Prozent Gehaltserhöhung ab dem 1. März 2010

Demgegenüber hat die schwarz-gelbe Landesregierung am 10. März 2009 beschlossen, dass die Beamtinnen und Beamten

- ab 1. März 2009 eine Besoldungserhöhung um drei Prozent und
- ab 1. März 2010 eine weitere Besoldungserhöhung um 1,2 Prozent erhalten sollen.

Das bedeutet: Die Beamtinnen und Beamten erhalten keine Einmalzahlung für die Monate Januar und Februar 2009 in Höhe von 40 Euro. Verzichten müssen sie nach dem Willen der Landesregierung auch auf die Hälfte des Sockelbetrages, sie sollen lediglich 20 Euro erhalten. Damit wird die Politik des Sonderopfers für die Beamtinnen und Beamten fortgesetzt.

Der Ministerpräsident und sein Finanzminister sowie Vertreter der schwarz-gelben Koalitionsfraktionen haben wiederholt verkündet, der Tarifabschluss werde 1 zu 1 auf die Beamtinnen und Beamten des Landes übertragen. Dies hat bereits eine Reihe von Ländern angekündigt und wird dies umsetzen.

Gebrochene Versprechen und missbrauchtes Vertrauen sind zu Markenzeichen der Politik dieser Landesregierung geworden. Der Öffentliche Dienst soll wieder Leidtragender sein. So sollen bei den Beschäftigten circa 80 Millionen Euro eingespart werden, während gleichzeitig 42 Millionen Euro für getrennte Wahlermine zur Kommunal- und Bundestagswahl verschwendet werden sollen.

Datum des Originals: 16.03.2009/Ausgegeben: 16.03.2009

SPD-Fraktion

- Anhebung der Gehälter um 2,65 Prozent rückwirkend ab dem 1. Januar 2014
- Anhebung der Gehälter um 2,95 Prozent zum 1. Januar 2014

Demgegenüber hat die rot-grüne Landesregierung einen Gesetzentwurf vorgelegt, mit dem die Beamtinnen und Beamten

- bis zur Besoldungsgruppe A10 eine Anhebung der Gehälter:
 - um 2,65 Prozent rückwirkend ab dem 1. Januar 2014
 - um 2,95 Prozent zum 1. Januar 2014,
- der Besoldungsgruppen A11 und A12 eine Anhebung der Gehälter:
 - um 1,0 Prozent rückwirkend ab dem 1. Januar 2014
 - um 1,0 Prozent zum 1. Januar 2014,
- ab Besoldungsgruppe A13 keine Anhebung der Besoldung erhalten sollen.

Das bedeutet: 80 % der Beamtinnen und Beamten sowie Richterinnen und Richter erhalten für weitere zwei Jahre nicht einmal einen Inflationsausgleich. Damit würde die Politik der Sonderopfer, für diejenigen, die kein Streikrecht haben, fortgesetzt.

Die Ministerpräsidentin und ihr Finanzminister sowie Vertreter der roten Koalitionsfraktionen haben wiederholt verkündet, Beamte und Richter nicht mehr von der Lohnentwicklung abzukoppeln und ihnen keine weiteren Sonderopfer zuzumuten.

Gebrochene Versprechen und missbrauchtes Vertrauen würden zu Markenzeichen der Politik dieser Landesregierung. Der Öffentliche Dienst soll wieder Leidtragender sein. So sollen bei den Beschäftigten circa 710 Millionen Euro eingespart werden.

Der Vorstand
Des DBB NRW
Beamtenbund und Tarifrunion